

Staatspersonal erhält 1,4 Prozent mehr Lohn

Damit ist aber auch die 2015 beschlossene Lohnkürzung von einem Prozent wieder ausgeglichen

Von Thomas Gubler

Liestal. Die mageren Jahre, in denen die Baselbieter Staatsangestellten kurzgehalten wurden und per 2016 sogar eine Lohnkürzung um ein Prozent hinnehmen mussten, sind vorbei. Von den schwarzen Zahlen im Budget 2019 des Kantons Baselland, beziehungsweise im Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022, sollen im kommenden Jahr nicht zuletzt die Staatsangestellten profitieren. Einstimmig mit 85 zu null Stimmen hat der Landrat gestern einen Teuerungsausgleich von 1,4 Prozent für das Jahr 2019 beschlossen. Dieser setzt sich zusammen aus 0,9 Prozent Teuerung im Jahr 2015 und 0,5 Prozent nicht ausgeglichene, aufgelaufene Teuerung aus den vergangenen Jahren.

Wie das Abstimmungsergebnis zeigt, war die Teuerungsvorlage im Rat unbestritten. Einige Fraktionen nutzten

indessen die Gelegenheit, ihre Verdienste an den inzwischen wieder gesunden Baselbieter Staatsfinanzen hervorzuheben. Andrea Kaufmann (FDP) erklärte gar, dieser grosszügige Ausgleich sei nur möglich, weil die FDP die Regierung in ihren Sparanstrengungen immer kräftig unterstützt habe. Und SVP-Präsident Oskar Kämpfer wies darauf hin, dass die Diskussion um einen Teuerungsausgleich nur möglich sei, «weil die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Nein zur Prämien-Initiative der SP gesagt haben». Mit andern Worten: Bei den 70 Millionen, welche die Prämienverbilligung gekostet hätte, wäre kein Teuerungsausgleich mehr möglich gewesen.

Demgegenüber wies Sandra Strüby namens der SP vor allem auf die Entbehrungen des Staatspersonals in der jüngeren Vergangenheit hin. «Nach den Nullrunden der vergangenen Jahren

nehmen wir den Teuerungsausgleich erfreut zur Kenntnis. Das allerdings auch im Bewusstsein, dass dieser Schritt dringend notwendig war», sagte Strüby.

Alles abgegolten

Klar wurde gestern aber auch, dass mit den 1,4 Prozent Teuerungsausgleich alle Rückstände aus der Vergangenheit ausgeglichen sind. Also auch die 2015 beschlossene Lohnkürzung per 2016 von einem Prozent. «Damit steht der Zähler wieder auf null», sagte Andrea Kaufmann. Und um daran ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, stellte die Waldenburgerin namens der FDP-Fraktion einen Ergänzungsantrag zum vorgeschlagenen Landratsbeschluss, wonach «damit die Ansprüche aus aufgelaufener Teuerung und Nominallohnentwicklung als ausgeglichen gelten». Dieser Antrag wurde vom Rat mit 84 zu null bei einer Ent-

haltung gutgeheissen. Finanzdirektor Anton Lauber hatte den Antrag unterstützt. Jetzt könne man in der Tat einen Schlussstrich ziehen, sagte Lauber.

Damit dürfte auch für diejenigen Gemeinden der Fall klar sein, die jeweils beim Teuerungsausgleich zwar dem Kanton folgten, seinerzeit aber die Lohnkürzung nicht mitgemacht haben. Sie müssen beim Teuerungsausgleich nicht auch das Lohnprozent gewähren, das sie 2015 nicht gekürzt haben.

Manierliche Budgetdebatte

Anschliessend nahm der Landrat die Diskussion über den Aufgaben- und Finanzplan 2019–2022 beziehungsweise das Budget 2019 des Kantons Baselland auf. Und sie verlief angesichts des zur Debatte stehenden Ertragsüberschusses von 62,5 Millionen Franken in geradezu entspannter Atmosphäre. Die Gehässigkeiten vergangener Jahre blie-

ben aus. Stattdessen zitierte der frühere Präsident der Finanzkommission, Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP), alt Bundesrat Adolf Ogi («Freude herrscht»).

Kritik äusserte allerdings der Fraktionschef der Grünen, Klaus Kirchmayr. Und zwar an der seines Erachtens gänzlich ungenügenden Investitionstätigkeit des Kantons. «Wir bringen es nicht einmal auf 200 Millionen Franken. Das muss besser werden», sagte Kirchmayr.

Bei der Debatte über die fast ausschliesslich von Landräten der SP und der Grünen eingereichten Budgetanträgen blieb das Kantonsparlament bisher auf Regierungskurs. Von den ersten 14 der 21 Postulate wurden vier zurückgezogen, die übrigen zehn teilweise deutlich abgelehnt.

Die Debatte wird heute Morgen fortgesetzt.

Taktverdichtungen und neues Rollmaterial

Die Baselbieter Regierung beantragt dem Landrat das ÖV-Programm für die Jahre 2020 und 2021

Liestal. Mit einer Neuauflage des Generellen Leistungsauftrags (GLA) im öffentlichen Verkehr für die Jahre 2020 und 2021 will die Baselbieter Regierung Angebotsoptimierungen vornehmen. Die Überarbeitung ist eine Folge der Abstimmung über das Läuferfingerli.

Im November 2017 hatten die Baselbieter Stimmberechtigten die Finanzbeschlüsse des achten GLA für die Jahre 2020 und 2021 und die damit verbundene geplante Umstellung der Bahnlinie S9 zwischen Sissach und Olten auf Busbetrieb abgelehnt. Mit der gestern Mittwoch dem Landrat überwiesenen überarbeiteten GLA-Version sind nun auch Angebots-Verbesserungen vorgesehen.

Optimiert werden soll der Busbetrieb am Knoten Dornach. Anstelle der Linie 64 soll künftig die Linie 65 den Abschnitt Dornach bis Arlesheim bedienen. Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage erhöht wurde die Takt-dichte: Unter der Woche soll die Linie 65 tagsüber im Viertelstundentakt geführt werden. Unter dem Strich führen diese Anpassungen zu Mehrkosten von 470 000 Franken pro Jahr.

Liestaler Stadtbüs

Weiterentwickelt werden soll auch der Stadtbüs in Liestal. Die Linie 78 soll in den Hauptverkehrszeiten einen 15-Minuten-Takt erhalten. Die Linie 80 soll zudem in beide Richtungen dieselben Haltestellen bedienen. Dies führt zu Mehrabgeltungen von jährlich 180 000 Franken.

Auf den Bahnlinien S1 und S3 sollen zudem die Verdichtungs-S-Bahnen in den Hauptverkehrszeiten mit neuem Rollmaterial bestückt werden. Der Mehraufwand dafür beträgt gemäss Vorlage 1,8 Millionen Franken pro Jahr.

Gegenüber der Vernehmlassungsvorlage angepasst wurde ausserdem



Das Bähnli ist gesetzt. Weil sich die Stimmbürger vor einem Jahr gegen die Stilllegung des Läuferfingerlis ausgesprochen haben, musste der Regierungsrat eine neue Vorlage für das ÖV-Angebot ausarbeiten. Foto Pino Covino

das Linienkonzept für die hinteren Frenkentaler – dies als Folge eines Landratsentscheids von Ende Oktober, wonach auf der Strecke von Bubendorf nach Liestal der Takt verdichtet wird. Dadurch sollen Anschlüsse an Schnellzüge in Liestal verbessert werden.

Wie in jener Vorlage bereits als künftige Option vermerkt war, soll die Buslinie 91 nun aufgehoben werden. Diese fährt heute neunmal pro Tag von Reigoldswil über Lauwil nach Bretzwil. Seit Dezember 2014 wird Bretzwil jedoch auch von der Buslinie 111

bedient, wodurch die Reisezeit nach Liestal verkürzt wurde. Nach Lauwil soll künftig die Buslinie 71 fahren. Dazu werden die Standzeiten in Reigoldswil verkürzt. Das führt zu Einsparungen von 160 000 Franken pro Jahr. Die Schülerverbindung zwischen Bretzwil und Reigoldswil soll mit einem Schulbus abgedeckt werden.

Höhere Abgeltungen

Nicht realisiert wird nach der Volksabstimmung die geplante Sparmassnahme auf der Bahnlinie S9. Durch die

Umstellungen des Läuferfingerlis auf den Busbetrieb hatte sich der Kanton Baselland Einsparungen in der Höhe von 840 000 Franken pro Jahr erhofft.

Insgesamt beantragt die Regierung dem Landrat zur Abgeltung der Fortsetzung des 8. GLA für das Jahr 2020 gut 41 Millionen Franken sowie gut 43 Millionen Franken für das Jahr 2021. Dies ist mehr als in der vom Stimmvolk abgelehnten Vorlage, die für das Jahr 2020 rund 39,7 Millionen Franken und für das Jahr 2021 rund 40,7 Millionen Franken vorgesehen hatte. SDA

20,7 Millionen für Reigoldswil

Regierung will Strassen und Hochwasserschutz verbessern

Liestal/Reigoldswil. Die Baselbieter Regierung will in Reigoldswil entlang der Hinteren Frenke den Hochwasserschutz verbessern und die Kantonsstrasse im Gebiet Unterbiel erneuern. Sie beantragt dem Landrat dafür einen Kredit von 20,7 Millionen Franken.

Die Kantonsstrasse in jenem Bereich sei in einem sehr schlechten baulichen Zustand, begründete die Regierung den Kreditantrag in einer Mitteilung von gestern. Sie müsse dringend erneuert werden. Der Bau einer Kernfahrbahn mit Radstreifen auf beiden Seiten und eines durchgehenden Trottoirs verbessere auch die Sicherheit von Velofahrern und Fussgängern.

Zwei Hochwasser pro Jahrhundert

Die Kosten für die Erneuerung der Kantonsstrasse sind gemäss Landratsvorlage auf 13 Millionen Franken veranschlagt. Weitere 7,7 Millionen Franken soll der Hochwasserschutz entlang der Hinteren Frenke kosten. Nötig seien die Massnahmen, weil das hintere Frenkental «mit guter Regelmässigkeit in jedem Jahrhundert zwei Hochwasser» erlebe, heisst es in der Regierungsmitteilung. Letztmals trat die Hintere Frenke in Reigoldswil 1997 über die Ufer. Mehrere Gebäude entlang der Kantonsstrasse wurden überschwemmt. Um die ungenügende Abflusskapazität der Hinteren Frenke zu erhöhen, soll die Bachsohle abgesenkt und der Abflussquerschnitt verbreitert werden.

Für die Hochwasserschutzmassnahmen muss der Kanton nicht vollständig selbst aufkommen. Bund und Anstösser werden gemäss der Vorlage voraussichtlich 3,53 Millionen Franken an das Projekt beisteuern. Die Bauarbeiten sollen 2020 in Angriff genommen und 2023 abgeschlossen werden. SDA

ANZEIGE

LEASING
FÜR DIE GESAMTE FAHRZEUGPALETTE

FORDERN SIE IHRE PERSÖNLICHE OFFERTE AN

GRATIS 4 ALU-WINTERRÄDER GÜLTIG BIS 31.12.18

HONDA CIVIC LEASING 3,9% AB CHF 139.- / MONAT

GARAGE SCHMID

Ihr Honda Terminal Basel-Stadt/Baselland
Sternenhofstrasse 13, 4153 Reinach, Tel. 061 717 95 00, www.garageschmid.ch

Die Lokalhändler in der Region

Auto Technik Birsfelden AG, Tel. 061 312 06 97

Ferocar AG Magden, Tel. 061 841 00 55

Rallye-Garage Müller GmbH Grellingen, Tel. 061 741 11 50

Wettsteingarage Arno Stöckli Basel, Tel. 061 691 22 58

by:rad.ch